

vNiederschrift

über die 6. Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 06.09.2012

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:38 Uhr

Anwesend sind:

Bürgermeister

Gerhard Böhling

Ratsmitglieder

Prof. Dr. Hans-Günter Appel, Heide Bastrop, Anne Bödecker, Udo Borkenstein, Manfred Buß, Peter Eggerichs, Thomas Eggers, Michael Fischer, Horst-Dieter Freygang, Martin von Heynitz, Horst Herckelrath, Axel Homfeldt, Bernhard Jongebloed, Janto Just, Kirsten Kaderhandt, Anja Kindo, Dieter Köhn, Anne Krüger, Dörthe Kujath, Thomas Labeschautzki, Hans Müller, Joachim Müller, Sandra Muschke, Heinrich Ostendorf, Wolfgang Ottens, Susanne Riemer, Elfriede Schwitters, Frank Michael Stubenhöfer, Melanie Sudholz, Ralf Thiesing, Frank Vehoff, Andrea Wilbers, Karl Zabel

Von der Verwaltung nehmen teil:

StAR Andreas Stamer, StOAR Elke Idel, VA Uta Bohlen-Janßen, VA Heide Schröder-Ward, VA Holger Rabenstein, StAR Thomas Berghof, VA Ingrid Eggers

Es fehlt entschuldigt:

RM Elena Kloß

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
RV Fischer eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
RV Fischer stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

RV Fischer stellt die Tagesordnung fest.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 21.06.2012 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

- 5.1. Herr Schwitters, Plattdeutschbeauftragter im Landkreis Friesland, regt an, zukünftig wieder eine Ratssitzung in „Plattdeutscher Sprache“ durchzuführen. Dadurch könne der Rat zeigen, dass diese Sprache in der Stadt Schortens noch ein wenig vertreten ist. (Herr Schwitters hat diese Frage in „Plattdeutscher Sprache“ gestellt.)

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Sachstand B 210 neu

Nachdem im Juni 2009 der erste Spatenstich für den Bau der Umgehungsstraße erfolgte, ist nunmehr das Ende des mit 35 Mio. Euro veranschlagten Straßenbauprojektes absehbar. Die Verkehrsfreigabe ist nach wie vor für November dieses Jahres vorgesehen. Die offizielle Eröffnung ist für das kommende Jahr nach Abschluss der Restarbeiten (Bepflanzung, Kultivierung etc.) vorgesehen.

Planmäßig konnte im Juli nach 6-wöchiger Bauzeit der Kreisverkehr auf der alten B 210 in Betrieb genommen werden. Seitens der Straßenbaubehörde ist hier zunächst eine Grasansaat für den Innenbereich vorgesehen. Wegen der späteren Gestaltung kann die Stadt zu gegebener Zeit eine Vereinbarung mit der Straßenbaubehörde vornehmen. Hierzu werden die städtischen Gremien rechtzeitig beteiligt. In den nächsten Wochen sollen seitens der Verwaltung die Anliegerinnen und Anlieger der alten B 210 über die aktuelle Entwicklung informiert werden.

6.2. Neufassung der Bebauungspläne Nr. 35 „Gewerbegebiet I“, Nr. 47/47 A „Gewerbegebiet II/Ost“

Mit Blick auf die Entwicklung im Zusammenhang mit der Ortsumgebung wird die Stadt Schortens das östlich des Zentrums gelegene Gewerbe- und Mischgebiet – die Gewerbegebiete I und II - in verträglicher Weise erneuern und städtebaulich weiterentwickeln.

Insbesondere soll dabei auch dem beschlossenen Einzelhandelskonzept Rechnung getragen werden. Der Ausschluss von Lebensmittelmärkten ist u. a. eine Zielsetzung, um den zentralen Nahversorgungsbereich der Innenstadt zu schützen.

Zu diesem Zweck werden derzeit die Bebauungspläne Nr. 35 „Gewerbegebiet I“ und Nr. 47/47 A „Gewerbegebiet II/Ost“ neu gefasst.

- 6.3. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 108 „Am Freibad/West“
In Erweiterung des Baugebietes „Brauerwiesen“ wird der Bebauungsplan Nr. 108 „Am Freibad/West“ in der Zeit vom 10.09. bis 09.10.2012 als Entwurf öffentlich ausgelegt und gleichzeitig das Beteiligungsverfahren der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange durchgeführt.

Mit Ablauf der öffentlichen Auslegung erlangt der Planentwurf Planreife, so dass dann die Erschließung des Baugebietes auf Grundlage des Erschließungsvertrages mit der Grundstücks-, Erschließungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH erfolgen kann.

Das Abwägungsergebnis dieses Verfahrens soll in der Sitzung des Planungsausschusses im November vorgestellt werden, so dass daran anschließend in der Sitzung des Rates im Dezember der Satzungsbeschluss erfolgen kann. In diesem allgemeinen Wohngebiet sollen ca. 26 Baugrundstücke für Einzel- und Doppelhäuser entwickelt werden.

- 6.4. 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 „Brumidik“
Entsprechend der demografischen Entwicklung soll durch die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 „Brumidik“ die Möglichkeit zur Errichtung eines Wohnhauses für „betreutes Wohnen“ mit ca. 12 Wohneinheiten ermöglicht werden.

Kürzlich hat der Investor „Einsiedel & Partner“ das Projekt in einer öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses vorgestellt. Mit den zahlreich anwesenden Anliegern wurde Einigkeit erzielt, so dass davon auszugehen ist, dass nach Abschluss der planerischen Arbeiten mit dem Projekt im kommenden Jahr begonnen werden kann.

An der vorgenannten Sitzung nahmen neben den Anliegern auch einige Bürgerinnen und Bürger teil, die sich für das Projekt als mögliches, künftiges Wohndomizil interessieren.

BM Böhling geht davon aus, dass der Bedarf in den kommenden Jahren noch wesentlich größer sein wird und vergleichbare zentral gelegene Einrichtungen zusätzlich entstehen werden.

- 6.5. Freizeitbad „Aqua-Toll“
Die Verwaltung wurde in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus und des Verwaltungsausschusses am 07.08.2012 beauftragt, Wirtschaftlichkeitsberechnungen auf der Basis des von der Gesellschaft für Entwicklung und Management von Freizeitsystemen mbH & Co KG (GMF) erstellten Gutachtens zu erstellen. Diese Wirtschaftlichkeitsberechnungen wurden den Ratsmitgliedern in der letzten Woche zugestellt.

Da derzeit die Vorbereitungen für die Erstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 2013 beginnen, werden sich Rat und Verwaltung parallel dazu auch mit der Zukunft des Freizeitbades auseinandersetzen.

Seitens der Verwaltung wurde vorgeschlagen, das Thema in der Sitzung des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus am 26. September zu beraten.

6.6. Naturfreibad Schortens

Nach der Durchführung von umfangreichen Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen ist das Naturfreibad in Schortens seit dem 21.05.2012 geöffnet.

Seitdem haben es bislang insgesamt über 23.000 Gäste besucht. Die meisten Besucher/-innen hatte das Bad am 19. August 2012. An diesem Tag haben insgesamt 2.391 Gäste das Bad besucht.

Die erstmals durchgeführten Kooperationsveranstaltungen von Friesland-Camping, Beach-Club „La Cabana“ und der Stadt haben in diesem Jahr noch nicht zu dem erhofften Zuspruch geführt. Diese Aktionen sollen im nächsten Jahr gemeinsam fortgesetzt werden.

6.7. Gewerbliche-industrielle Entwicklung

Das Unternehmen „Arvato“ wird am 14. September 2012 den Neubau, in dem ca. 1.200 Beschäftigte tätig sind, offiziell einweihen.

Im Zuge der Bundeswehrreform wird neben den bereits heute vorhandenen ca. 250 Logistikkienstposten zum 01.10. dieses Jahres das Marineunterstützungskommando ebenfalls in das TCN einziehen. Eingezogen ist schon die neue Kleiderkammer mit über 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die Erweiterung des Pflegeheimes in Accum, welche mit einem Millionenaufwand errichtet wurde, wird demnächst vom Eigentümer eröffnet.

Planmäßig laufen die Arbeiten von „Hermes“ im JadeWeserPark. Die Eröffnung ist rechtzeitig für das Weihnachtsgeschäft geplant.

6.8. Sachstandsbericht zu den Baumaßnahmen:

Die Sanierung des Schmutzwasserkanals in der Lärchenstraße wurde zu 80 % und die Sanierung des Regenwasserkanals in der Fehmarnstraße zu 50 % fertig gestellt.

Mit der Erneuerung des Pumpwerks in der Heinrich-Tönjes-Straße wurde begonnen.

Vorgesehen ist kurzfristig die Auftragsvergabe zur Sanierung des Regenwasserkanals und des Schmutzwasserkanals in der Oldenburger Straße.

Für die Radwegeplanung von Sillenstede nach Sengwarden (Landesstraße 807) wurde die Vorentwurfsplanung erstellt. Auf Kreisebene steht dieses Projekt mittlerweile an erster Stelle. Ob eine Realisierung möglich ist, hängt ganz wesentlich von entsprechenden Landesmitteln ab, die bislang noch nicht zur Verfügung stehen.

Seit der letzten Ratssitzung am 21.06.2012 sind insgesamt 32 Bauanträge, davon 8 für Wohnhäuser, eingegangen.

7. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 28.08.2012

7.1. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten und des Bürgermeisters zur Gleichberechtigung **SV-Nr. 11//0288**

Die Gleichstellungsbeauftragte (GB) Fuhlbohm erklärt, dass sie in ihrem Vortrag die in dem der Sitzungsvorlage beigefügten Bericht ausführlich beschriebenen Themen aufgrund des festgelegten Zeitrahmens lediglich kurz ansprechen, jedoch nicht ausführlich erläutern wird.

Anschließend folgt der Vortrag der Gleichstellungsbeauftragten anhand einer Bildschirmpräsentation.

Nach Abschluss ihres Vortrages appelliert die GB Fuhlbohm an die Anwesenden dabei mitzuhelfen, dass die Gleichstellung mehr Aufmerksamkeit und einen höheren Stellenwert erhält und das „Gender-Mainstreaming“ ein Gleichstellungsinstrument der Zukunft wird.

RM Bödecker bedankt sich bei der Gleichstellungsbeauftragten Fuhlbohm für den fundierten und differenzierten Bericht, der die gesellschaftlichen Probleme aufgreift und speziell auf die Stadt Schortens eingeht.

RM Borkenstein dankt GB Fuhlbohm für ihre gute Arbeit als Frauen-/Gleichstellungsbeauftragte in den vergangenen 18 Jahren.

RM Just erklärt, dass innerhalb der BfB/UWG-Gruppe unterschiedliche Meinungen zu dem Bericht bestehen und er in seinem Redebeitrag die Mehrheitsmeinung vertritt. Er hat den Bericht unter der Fragestellung durchgelesen, ob Schortens eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte benötigt oder ob eine nebenamtliche - wie die meisten anderen Kommunen in Friesland sie haben - ausreichend wäre.

In dem Bericht spricht aus seiner Sicht nichts dafür, dass in Schortens mehr Handlungsbedarf besteht als in anderen Kommunen. Im Gegenteil sei festzustellen, dass die Anzahl der Anfragen und Beratungen – wie in den anderen Kommunen ebenfalls - rückläufig ist. Aufgrund der technischen Möglichkeiten der Informationsbeschaffung (Internet) und mehr Beratungsangeboten in anderen Bereichen sei die Gleichstellungsbeauftragte insgesamt entbehrlicher. Wenn für diesen rückläufigen Bedarf an Beratung in anderen Kommunen in Friesland eine nebenamtliche Gleichstellungsbeauftragte ausreicht, sollte dies in Schortens nicht anders sein. Die jährlichen Ausgaben für die Gleichstellungsbeauftragte in Höhe von 40.000 Euro könnten zukünftig in anderen Bereichen mit größerer Nachfrage, wie z. B. das Freizeitbad Aqua-Toll, Verwendung finden.

In der Beschreibung der Schwerpunkte und Maßnahmen in dem Bericht habe er neben der Beratung und Aufgaben innerhalb der Verwaltung nur eine einzige Aufgabe von größerer Bedeutung für die Bevölkerung gefunden, und zwar das „Gewaltpräventionsprogramm an sechs Grundschulen“. An diesem Programm sei die Gleichstellungsbeauftragte jedoch lediglich mit koordinierenden Aufgaben beteiligt.

Bei den anderen im Bericht aufgeführten Veranstaltungen handele es sich um Dinge, die durchgeführt werden können, wenn Zeit und Geld zur Verfügung stehen, die er aber als nicht erforderlich ansieht. Diese Aufgaben könnten aus seiner Sicht durchaus auch von einer nebedienstlichen Gleichstellungsbeauftragten, von der Leitung des Jugendzentrums, von ehrenamtlich tätigen Personen oder der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Friesland wahrgenommen werden.

Der größte Teil des Berichts befasse sich mit der Gleichberechtigung im Allgemeinen - wie z. B. die zu niedrige Quote von Frauen in Chefetagen der Wirtschaftsunternehmen -, die für Schortens keine Handlungsrelevanz besitzen. Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Schortens könne jedoch lediglich auf die Einstellungspraxis der Stadt Schortens Einfluss nehmen. Dort gebe es jedoch – zumindest aus Sicht der Frauen – keinen besonderen Handlungsbedarf, da von 256 Beschäftigten 214 Frauen (84 %) sind und nur 42 Männer (16 %) und zudem die Männer in Leitungspositionen von der Zahl her unterrepräsentiert sind. Hierzu erläutert er die Besetzung der Führungsstellen in der Verwaltung und den Außeneinrichtungen. Aufgrund der vorgenannten Ausführungen könnte aus Sicht der Mehrheit der Mitglieder der BfB/UWG-Gruppe auf eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte verzichtet werden.

RM Krüger, Mitglied der BfB/UWG-Gruppe, teilt die Meinung der übrigen Mitglieder ihrer Gruppe nicht. Es sei richtig, dass der Bericht allgemeine Angaben zur Problematik oder zur Situation der Frau beinhaltet, jedoch bestehe diese auch in der Stadt Schortens. Der Bericht zeige sehr deutlich, wie es um die Probleme der Frauen bzw. die Gleichstellungsbewegung steht. Vor allem mache er deutlich, dass man von der Verwirklichung noch weit entfernt ist. Bezug nehmend auf die Inhalte des Berichtes bittet RM Krüger die Gleichstellungsbeauftragte, die bisherige Öffentlichkeitsarbeit noch auszuweiten (z. B. durch Berichte in der Tagespresse), um das Bewusstsein für die Gleichberechtigung und die erforderlichen Maßnahmen zur Verwirklichung weiter zu verbreiten und zu stärken.

RM Kindo dankt der Gleichstellungsbeauftragten für die geleistete Arbeit. Der Rückgang der Anfragen sei auf die gute Arbeit von Frau Fuhlbohm zurückzuführen, die nicht auf Anfragen und Anrufe gewartet hat, sondern selbst den Kontakt zu den Menschen im Rahmen von Veranstaltungen sowie Hausbesuchen aufgenommen hat. Dieses zeichne eine moderne Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten aus.

RM Schwitters schließt sich den Ausführungen des RM Kindo an und spricht Frau Fuhlbohm ihren Dank für die geleistete Arbeit aus.

GB Fuhlbohm erklärt, dass für eine gesellschaftliche Entwicklung eine noch intensivere Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten als bisher erforderlich sein wird. Bezug nehmend auf das von RM Just angesprochene „Gewaltpräventionsprojekt“ teilt sie mit, dass sie dieses Projekt nicht nur koordiniert, sondern gemeinsam mit – zum Teil ehrenamtlich tätigen – Fachkräften durchführt.

Anschließend lässt RV Fischer über den nachfolgenden Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses abstimmen:

Der gemeinsame Bericht der Gleichstellungsbeauftragten und des Bürgermeisters gemäß § 9 Abs. 7 NKomVG zur Gleichberechtigung in der Stadt Schortens wird zur Kenntnis genommen.

Der Beschlussvorschlag wird bei 3 Enthaltungen beschlossen.

RM Just hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

8. Vorlage des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus vom 04.07.2012

8.1. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Bürgerbegegnungsstätte (BBS) Roffhausen **SV-Nr. 11//0283**

RV Fischer lässt über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Fachausschusses abstimmen:

Die Benutzungs- und Entgeltordnung für die Bürgerbegegnungsstätte (BBS) Roffhausen wird wie folgt geändert:

- 1. Die Teilnehmerzahl wird auf 80 Personen begrenzt.**
- 2. Das Entgelt wird auf 100 € pro Tag festgelegt.**
- 3. Zusätzlich wird eine Reinigungspauschale von 50 € pro Veranstaltung erhoben.**
- 4. Spätestens um 23 Uhr muss der Veranstaltungsbetrieb beendet und die BBS Roffhausen abgeschlossen sein.**

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

9. Vorlage des Planungsausschusses vom 18.07.2012

9.1. Antrag des RM Kindo, DIE LINKE.Friesland im Stadtrat, vom 11.06.2012 - Einrichtung eines Leerstandsregisters **AN-Nr: 11/0029**

RM Kindo zieht den Antrag zurück, so dass eine Beratung entbehrlich ist.

10. Vorlage des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses vom 19.07.2012

- 10.1. Antrag des RM Kindo, DIE LINKE. Friesland im Stadtrat - Gentechnik freies Essen in städtischen Einrichtungen **AN-Nr: 11/0032**

RM Kindo erklärt, dass sie diesen Antrag bereits vor zwei Jahren im Kreistag gestellt hat und diesem zugestimmt wurde. Da die Gentechnik noch nicht ausgereift ist und die Lebensmittel nicht gefahrlos genossen werden können, sollte man den Eltern die Gelegenheit geben, sich über die Bestandteile des in den öffentlichen Einrichtungen der Stadt Schortens angebotenen Essens informieren zu können. Sie bittet die Ratsmitglieder ihrem Antrag zuzustimmen.

RM Riemer, Vorsitzende des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses, teilt mit, dass der Ausschuss den Antrag inhaltlich sehr begrüßen würde. Da die bisherigen Definitionen jedoch nicht eindeutig sind und eine Überprüfbarkeit der Herkunft der verwendeten Futtermittel nicht möglich ist, wurde dem Antrag nicht zugestimmt.

Anschließend lässt RV Fischer über den Antrag des RM Kindo, DIE.LINKE Friesland im Stadtrat, abstimmen:

Der Antrag wird bei 1 Ja-Stimme und 4 Enthaltungen abgelehnt.

11. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 31.07.2012

- 11.1. Getrennte Ausschreibung der Strom- und Gas-Konzessionen in zwei Losen **SV-Nr. 11//0337**

RV Fischer lässt über den nachfolgenden Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses abstimmen:

Die Ausschreibung der Konzessionsverträge Strom und Gas wird in zwei getrennten Losen erfolgen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

12. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 14.08.2012

- 12.1. Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 02.08.2012 auf Einrichtung eines Fachausschusses zum Themenkomplex Demographie **AN-Nr: 11/0044**

RM Homfeldt erklärt, dass in den Fachausschüssen sehr intensiv und sehr detailliert über einzelne Themen diskutiert und beraten wird und es immer wieder Themen gibt, die sich in den einzelnen Fachausschüssen nicht sauber abgrenzen lassen. Jedoch gehe der Blick auf das große Ganze verloren, umso mehr über Details diskutiert wird. Wenn der Rat jedoch nachhaltige und der Demografie Rechnung tragende Politik machen möchte, dann müssten nicht nur die Details angeschaut, sondern das große Ganze entsprechende Berücksichtigung finden. Als Beispiel verweist er auf die derzeitige Diskussion über das Freizeitbad Aqua-Toll.

In dieser Stelle stellt sich nicht nur die Frage, ob sich die Stadt eine Investition leisten kann, sondern auch die Frage, wie diese Investition – sofern gewünscht – zu gestalten sein wird. Diese sollte so nachhaltig sein, dass sie nach Möglichkeit auch nach 10 Jahren noch sinnvoll ist. Diese Detailfrage wurde bislang u. a. aufgrund fehlender Zeit – in keinem Ausschuss diskutiert. Ferner werde sich der Rat zukünftig mit dem demographischen Wandel beschäftigen müssen. Aufgrund der geringeren Anzahl von Kindern wird darüber zu beraten sein, ob weiterhin eine wohnortnahe Beschulung sichergestellt werden soll, was wiederum Auswirkungen auf die Entscheidung über die Ausweisung neuer Baugebiete haben würde. Nach der Erfahrung von RM Homfeldt fanden solche Überlegungen in den vergangenen Jahren in den Ausschüssen nicht statt.

Vielmehr wird im Schul-, Jugend- und Sozialausschuss über den Grundschulstandort diskutiert, während im Planungsausschuss über die Ausweisung neuer Baugebiete beraten wird.

Die CDU-Fraktion möchte mit ihrem Antrag ein Forum schaffen, in dem – vorgeschaltet den Detaildiskussionen im Fachausschuss – über Nachhaltigkeit und Demografie gesprochen wird, so dass dieser Ausschuss mit sehr vielen Themen befasst sein wird und sicherlich auch relativ häufig tagen müssen.

Für RM Homfeldt ist es wünschenswert, dass sich der Rat gemeinsam dazu bekennt, so vorausschauend wie möglich zu planen. Daher bittet er die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

RM Borkenstein erklärt, dass die demographische Entwicklung den Rat in der Zukunft sicherlich vor große Herausforderungen stellen wird.

Wichtige Handlungsfelder für die Gestaltung des demografischen Wandels seien Themenbereiche wie Kinder, Jugendarbeit, Bildung, Jugendfreundlichkeit und Senioren. Alle diese Themen werden bisher im Schul-, Jugend- und Sozialausschuss der Stadt beraten. Aus Sicht der SPD-Grüne-FDP-Gruppe handelt es sich hierbei um eine sinnvolle Zuordnung, die auch zukünftig beibehalten werden sollte.

Die Mitglieder der Gruppe sehen es als wichtig an, die demographische Entwicklung in der Vorbereitung der Beratung eines Tagesordnungspunktes zu berücksichtigen. Die SPD-Grüne-FDP-Gruppe spricht sich gegen den Antrag aus, da sie die Einrichtung eines neuen Fachausschusses für einen unangemessenen Verwaltungs- und Kostenaufwand (über 400,00 Euro für eine 2-stündige Fachausschusssitzung) ansieht und sich der neue Fachausschuss aus den Mitgliedern der bisherigen Ausschüsse zusammensetzen würde.

Abschließend weist RM Borkenstein darauf hin, dass hinsichtlich der Berücksichtigung der Demographie durchaus über alternative Möglichkeiten nachgedacht werden könnte. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Stadt Braunschweig, in der eine „Demographiebeauftragte“ den Ausschüssen zurarbeitet.

RM Just teilt mit, dass die BfB/UWG-Gruppe eine Berücksichtigung der demographischen Entwicklung bei allen Beratungspunkten für wichtig erachtet.

Jedoch handele es sich hier um einen Querschnittsgesichtspunkt, der in die Beratung aller Fachausschüsse einfließen muss. Da die Einrichtung eines weiteren Fachausschusses zudem einen zusätzlichen Zeit- und Geldaufwand nach sich ziehen würde, wird die Gruppe dem Antrag nicht zustimmen.

Anschließend lässt RV Fischer über den Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung eines Fachausschusses zum Themenkomplex Demographie abstimmen.

Der Antrag wird bei 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

13. Vorlagen des Verwaltungsausschusses vom 28.08.2012

13.1. **Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Schortens SV-Nr. 11//0365**

RM Labeschautzki spricht sich grundsätzlich für eine moderne und weltoffene Stadt aus, die sich neuen Medien stellt. Jedoch zweifelt er daran, dass der Aufwand und der Nutzen für die Einführung eines Rathaus-TV im Verhältnis stehen, zumal die Stadt Schortens aufgrund der angespannten Haushaltslage keinen Euro zu verschenken hat. Zu bedenken sei auch, dass die zu den Entscheidungen führenden Diskussionen in den Fachausschüssen stattfinden. Konsequenterweise müsste die Filmaufnahme daher in den Fachausschüssen erfolgen. Er befürchtet, dass die Einführung des Rathaus-TV bezogen auf die Offenheit der Redebeiträge eher zu einer politischen Einschränkung als zu mehr Transparenz führen wird.

Auch sei zu berücksichtigen, dass ein Ratsmitglied nicht den gleichen Immunitätsschutz wie ein Landtags- oder Bundestagesabgeordneter genießt. Ließe sich ein ehrenamtlicher Politiker im Eifer der Debatte zu einer unbedachten Formulierung hinreißen, könnte er dafür auch noch verklagt werden, was die freie Meinungsäußerung seines Erachtens sehr einschränken könnte. Auch könnten Zuschauer völlig konträr zu der Absicht des Rathaus-TV, nämlich eine bessere Teilhabe am politischen Geschehen, möglicherweise dafür begeistern, den Sitzungen fernzubleiben, weil sie nicht gefilmt werden möchten. RM Labeschautzki wird der Änderung der Geschäftsordnung aufgrund seiner Ausführungen nicht zustimmen.

RM Just spricht sich im Namen der BfB/UWG-Gruppe ebenfalls gegen die Änderung der Geschäftsordnung aus und verweist in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der Gruppe zur Einrichtung des Rathaus-TV. Ein Live-Stream über Sitzungen von Parlamenten und Vertretungskörperschaften sei dann sinnvoll, wenn ein entsprechendes Publikumsinteresse besteht und die Entfernung für die interessierten Bürgerinnen und Bürger ein Hindernis darstellt. Beides sei in Schortens nicht der Fall. Das Interesse an Rats- und Ausschusssitzungen sei überschaubar, da in der Regel nur wenige, oft nur einzelne Gäste an den Sitzungen teilnehmen.

Die Entfernung zum Sitzungsort Bürgerhaus sei für die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger aus Schortens zu Fuß zu bewältigen, für 80 % mit dem Fahrrad und für 100 % mit dem Auto innerhalb einer Viertelstunde. Darin sieht RM Just die Einführung einer Fernsehübertragung nicht begründet.

Er gibt zu bedenken, dass es sich bei den Bürgerinnen und Bürgern, die nicht mobil genug sind, an den Sitzungsort zu gelangen, in der Regel nicht um Live-Stream-User, sondern überwiegend um ältere Bürger/-innen handelt.

RV Fischer lässt anschließend über den nachfolgenden Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses abstimmen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 1. Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Schortens (Einführung von Rathaus-TV) wird beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

13.2. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Schortens **SV-Nr. 11//0366**

RV Fischer lässt über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses abstimmen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Schortens im Bereich der „öffentlichen Bekanntmachungen“ wird beschlossen.

Die Beschlussempfehlung wird bei 1 Enthaltung beschlossen.

13.3. Antrag der SPD-Grüne-FDP-Gruppe vom 14.08.2012 auf Aufnahme eines ADFC-Mitgliedes Kreisverband Friesland als beratendes Ausschussmitglied in den Fachausschüssen **AN-Nr: 11/0045**

Nach Ansicht der SPD-Grüne-FDP-Gruppe verfügen die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs mit der Ortsgruppe Schortens über ein gutes Wissen über den Zustand der Fahrradwege und die Problematik, die sich daraus ergeben kann. Die Gruppe möchte die Kompetenz dieser Fachleute im Rahmen der Beratung von Tagesordnungspunkten, die die Belange der Radfahrer/-innen stark betreffen, in Fachausschüssen - wahrscheinlich im Planungsausschuss - nutzen. Die zusätzlichen Kosten für die Hinzuziehung eines beratenden Ausschussmitgliedes würden sich auf lediglich 13,00 Euro Sitzungsgeld je Sitzung belaufen. Er bittet um Zustimmung.

RM Homfeldt teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion gegen den Antrag aussprechen wird. Für seine Fraktion sei es keine Frage, dass externer Sachverstand durchaus hilfreich sein kann, jedoch sei ihr nicht klar, nach welchen Kriterien beratende Mitglieder Sitze in Ausschüssen erhalten sollen. Zunächst wäre zu klären, ob dieses beratende Mitglied für alle Ausschüsse benannt werden soll.

Hinsichtlich der Fachkompetenz in Ausschüssen wäre es konsequenterweise richtig, auch für die übrigen Fachausschüsse fach- und sachkundige beratende Ausschussmitglieder zu benennen. Würde der Gedanke weitergeführt werden, müssten auch alle Bürgervereine mit beratender Stimme an den Fachausschusssitzungen beteiligt werden, weil alle Beratungsthemen in irgendeiner Form die Bürger/-innen betreffen.

Bisher sei es üblich gewesen, durch die Verwaltung Interessengruppen vor den Beratungen im Fachausschuss zu beteiligen und ihnen in den Sitzungen Rederecht zu erteilen. Die CDU-Fraktion hält den Antrag aufgrund der vorgenannten Ausführungen für nicht erforderlich und bittet die SPD-Grüne-FDP-Gruppe, diesen zurückzunehmen.

RM Just schließt sich im Namen der BfB/UWG-Gruppe den Argumenten des RM Homfeldt an und erklärt, dass sich die Gruppe bei der Abstimmung enthalten würde.

Bezug nehmend auf die formellen Vorschriften weist er darauf hin, dass dem Antrag konkret zu entnehmen sein müsste, in welchen Ausschüssen und an welchen Themen die beratenden Ausschussmitglieder beteiligt werden sollen.

Auf Nachfrage von RM Borkenstein teilt BM Böhling mit, dass sogenannte „Sachverständige“ vor der Sitzung oder auch während der Sitzung hinzugezogen werden können.

RM Thiesing verweist auf Beratungsthemen, an denen in der Vergangenheit Sachverständige beteiligt wurden.

RM Borkenstein zieht den Antrag der SPD-Grüne-FDP-Gruppe auf Aufnahme eines ADFC-Mitgliedes Kreisverband Friesland, Ortsgruppe Schortens, als beratendes Ausschussmitglied in den Fachausschüssen zurück.

14. Umbesetzung der Ratsausschüsse gemäß Antrag der CDU-Fraktion vom 27.08.2012 **AN-Nr: 11/0047**

Die CDU-Fraktion hat der Verwaltung mit Schreiben vom 27.08.2012 die nachfolgend aufgeführten beabsichtigten Änderungen der Ausschussbesetzungen mitgeteilt:

1. Schul-, Jugend- und Sozialausschuss:

Mitglied bisher: Melanie Sudholz

Mitglied neu: Wolfgang Ottens

Vertretung:

Melanie Sudholz

Axel Homfeldt

2. Planungsausschuss:

Mitglied bisher: Wolfgang Ottens

Mitglied neu: Frank Vehoff

Vertretung:

Wolfgang Ottens

Bernhard Jongebloed

3. Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus:

Mitglied bisher: Frank Vehoff

Mitglied neu: Melanie Sudholz

Vertretung:

Frank Vehoff

Horst-Dieter Freygang

Es wird einstimmig nachfolgender Beschluss gefasst:

Die Besetzung der Ausschüsse wird gemäß § 71 Abs. 5 und 9 NKomVG wie oben aufgeführt festgestellt.

15. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen und Anregungen vorgebracht.

Nichtöffentlicher Teil: